

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Beenh. Off. Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schiffleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Teleg: Textilverband Düsseldorf.

Einladung.

Gemäss den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes beruft der unterzeichnete Ausschuss den

10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

für die Zeit vom 21. bis 24. November 1920 nach Essen ein. Tagungsort: Stadt. Saalbau. — Als

Tages-Ordnung

ist vorgesehen:

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
3. Christliche Arbeiterschaft und deutsches Volk.
4. Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart.
5. Der Gemeinschaftsgedanke in Staat und Wirtschaft.
6. Das Arbeitsverhältnis nach dem neuen Recht.
7. Die Bewertung der Handarbeit und die gewerkschaftliche Lohnpolitik.
8. Die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaften.
9. Christentum und Sozialismus.
10. Wahl des Ausschusses des Gesamtverbandes und Erledigung von Anträgen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegierte werden alle dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Verbände aufgefordert. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach den besonderen Bestimmungen. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat zu bewirken. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Orts- und Bezirkskartellen der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge sind bis 10. Oktober bei dem Generalsekretariat einzureichen.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Bekanntmachung.

Allen Mitgliedern zur geistl. Kenntnisnahme, daß die Zentralfstelle des Verbandes verlegt worden ist nach

Düsseldorf 100

Lannenstraße 33,

Fernruf 4423. — Telegramm-Adresse: Textilverband Düsseldorf. — Postcheckkonto Amt Köln 9466.

Alle für Zentralvorstand und Hauptgeschäftsstelle bestimmten Postsendungen sind nur an diese Adresse zu richten. Im Interesse einer schnellen Erledigung der Geschäfte liegt es, wenn alle Postsendungen an die Zentrale mit einem entsprechenden Vermerk versehen sind, woraus sofort erkennbar ist, für welche Abteilung an der Zentrale die Sendung bestimmt ist.

Vom Segen der treuen Pflichterfüllung.

Als hehrer Stern winkt himmelan die Pflicht,
Und Liebesmerke, welche lindern, heilen, segnen,
Sind Blumen gleich auf unserm Pfad gestreut.
Smiles.

Pflicht! — Das Wort hat einen harten Klang. Das redet von „Müssen“, und „Müssen“ ist ein bitter Kraut, sagt der Volksmund. Und doch — wer den deutschen Begriff „Pflicht“ kennt, kennt auch den Segen der treuen Pflichterfüllung. Der Begriff „Pflicht“ umfaßt eben alles Tun; er schließt eine Unmöglichkeit in der Leistung vollkommen aus. Auf dem schmalen Wege des Arbeiterlebens schreitet die Pflicht. Unter dem niedrigen Dache des Landmannes wohnt sie, und der Industriekönig ist nicht frei von ihr.

Keiner darf sich der Pflicht entziehen. Achtung und Rechte in der menschlichen Gesellschaft resultieren aus der treuen Pflichterfüllung. Wohl dem, der sich den Kreis seiner Pflichten selbst weit gezogen und mit Gretchen in Goethes „Faust“ sagen kann: „Ich habe getan, was ich konnte, so daß mir mehr zu tun nicht übrig blieb.“ Das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung gibt Ruhe und Sicherheit und eine stille, beglückende Freude. Den reichen Wert des Pflichtgefühls lernten vor allem im Kriege die Frontsoldaten kennen, wenn besonders schwere Stunden für sie gelommen waren. Wenn die Gedanken in wilder Flut sie bedrängten, wenn alle Werte, die ihnen einen Rückhalt zu bieten vermochten, verschwinden zu sein schienen, wenn sie sich die Frage vorlegen mußten, warum weiter leben und streben? Dann war ihnen nur ein Weg offen, dann gab es für sie nur eines: Das war das Pflichtgefühl, das eiserne „Du sollst“, das schwere „Du mußt“!

Ja die Grundlage, all unserer geistigen Kraft kann nur das Pflichtgefühl bilden. Durch das fördern wir am nachhaltigsten unsere gerechte Sache, unsere Arbeitssache, die Sache unseres christlichen Textilarbeiterverbandes. Lebhaft erinnere ich mich noch einer Kollegin, die mich während des Krieges, wenn ich sie zu sehen Gelegenheit hatte, immer mit stiller Bewunderung erfüllt hat. Diese Kollegin, die schon jahrelang den Posten einer Vertrauensperson in unserm Verband bekleidete, hatte im Kriege auch noch zu diesem Posten, wegen der Einberufung der Kollegen, die Führung der Kassengeschäfte übernommen. Da wurde ihr einmal die schmerzliche Nachricht, daß ihr Bruder den Heldentod für das Vaterland erlitten. Dieser Kollege war bis zu seiner Einstellung in den Heeresdienst Ortsgruppenvorsitzender. Kurz entschlossen füllte nun unsere Kollegin auch noch diese Lücke aus. Und die sämtlichen, manchmal recht umfangreichen Ortsgruppenengeschäfte werden von ihr peinlich genau und gewissenhaft und auch wieder mit einer würdevollen Ruhe und Bescheidenheit erledigt, die alles Lob verdient. Und diese Leistungen wurden ohne jedes Entgelt lange Jahre hindurch während des Krieges von einer Kollegin vollbracht, die einem Haushalt mit einem erblindeten Vater vorzustehen hatte.

War das nicht ausgeprägtes Pflichtgefühl? Und hat dieses nicht unsere Kollegin zu einem tapferen Heldenweib gemacht? Ja, ein pflichttreuer Mensch hält in allen Lebenslagen, auch wenn er einen erlittenen Verlust schmerzlich empfindet, die Sache der Menschheit doch fest. Auch die gegenwärtige Zeit und die Not stellen an uns große Anforderungen und verlangen außerordentliche Leistungen. Diese außerordentlichen Leistungen können nur durch treue Pflichterfüllung erreicht werden.

Pflichten garantieren Rechte. Beide sind voneinander abhängig, sind nicht zu trennen. Wer Rechte beansprucht, muß seine Pflichten erfüllen:

„Ohne Recht ein Knecht,
Ohne Pflicht ein Wicht,
Mit Pflichten und Rechten
Ein Mann von dem Echten.“

Das Leben hat besonders uns Arbeitern weitgehende Pflichten auferlegt, deren richtige Ausfüllung mitunter recht hauer wird. Hunderttausende haben ihre Pflichten nie verstanden; Hunderttausende haben sie noch nicht verstanden. Die Pflichten gegenüber sich selbst, ihrer Familie, ihren Mitarbeitern, dem Stande, dem Vaterlande und der Gesellschaft. Sie haben noch nicht ernstlich über ihre Lebensaufgabe nachgedacht.

Anderer hatten anscheinend ihre Pflicht begriffen. Aber sie schreckten vor der Ausführung derselben zurück. Sie besaßen nicht Mannesmut und sittliche Kraft genug, die Pflicht mit ihrer harten Bürde zu tragen. Darum warfen sie sie wieder von sich. Sie gaben lieber ihre Rechte preis, ihr Wohl und die Zukunft ihrer Standesgenossen.

Treue Pflichterfüllung ist nicht leicht.

Es erfordert Menschen mit hoher Gesinnung, mit warmfühlendem Herzen und sittlicher Widerstandskraft. Mutige Menschen. Wer wie der Arbeiter tagtäglich am Amboss des Lebens steht, mit Hänge und Hammer hantieren muß, um das Eisen seines Lebensglückes zu gestalten und dazu noch mit Freuden die Pflichten für seinen Stand und die Allgemeinheit in peinlicher Gewissenhaftigkeit erfüllt — der ist ein ganzer Mensch, der ist ein wirklicher Held.

Zu der gewerkschaftlichen, religiösen und politischen Bewegung pflichtbewußt mitarbeiten, ist zwar eine notwendige, aber auch große Arbeit. Und dazu noch die Sorgen des Familienlebens. Manches Mitglied unseres Verbandes weiß, was das heißt. Aber der Pflichtbewußte hält aus. Er schöpft neuen Mut und neue Kraft gerade aus den Schwierigkeiten, die die gewissenhafte Pflichterfüllung oft drückend machen. Ihm gebührt darum der Sang des Dichters Bürger:

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann,
Wie Orgelton und Glockenklang.“

Jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation, das es mit der Erfüllung seiner Berufspflichten ernst nimmt, ist davon voll und ganz überzeugt, daß es mit Rücksicht auf seine Familie, seine Standesgenossen und Genossinnen die gewerkschaftliche Organisation unbedingt notwendig hat. Gute Arbeitsbedingungen sind die notwendige Unterlage für Familienglück und geistig-sittliche Standeshebung. Und diese Erkenntnis führt auch zum Bekenntnis.

Freudige Opfertätigkeit ist der Ausdruck des Pflichtbewußtseins.

Der pflichtbewußte Arbeiter denkt aber noch weiter. Er nimmt es auch ernst mit dem Gebot: „Der Einzige des Andern Last.“ Für ihn ist die christliche Nächstenliebe nicht ein schönes Wort mit leerem Inhalt. Er faßt es als eine Pflicht auf, „für Andere die Pflichten aus dem Feuer zu holen.“ Bei ihm ist die Befundung der Standesolidarität nichts anderes als der äußere Widerschein einer ernststen und richtigen Lebensauffassung, von der ihm kein Mißerfolg, keine Kritik der Gegner und keine Verständnislosigkeit der eigenen Kollegen abwendend kann. „Gewerkschaftliche Arbeit zu leisten ist eine sittliche Pflicht“, der Grundsatz ist die Triebkraft seiner Arbeit und — seines Erfolges. Er weiß, daß wahres Christentum nicht nur im Namen, sondern erst in der Betätigung zum Ausdruck kommt.

Dem pflichtbewußten Arbeiter tut es weh, wenn seine Standesbrüder unbeachtet und mißachtet werden. Sein Pflichtgefühl läßt ihn stets fragen: Hast Du nicht auch Schuld an diesem Zustande durch die Vernachlässigung irgendwelcher Pflichten? Diese Selbstkritik spornt zu immer neuem Schaffen an. — Tausende von Arbeitern befinden sich noch auf einem geistigen und sittlichen Tiefstande. Und das sind unsere Standesbrüder, Menschen mit Geist und Seele, um die Wahrheit zu begreifen und das Schöne und Edle zu empfinden und zu genießen. Und Hunderttausende sehnen sich nach Licht und Sonnenschein. Wer hilft? Wer seine Pflicht erfaßt hat, weiß, daß er hier helfen, aufrichten und anregen muß.

Das Christentum verlangt Kettenreißer.

Mit der Arbeit der christlichen Gewerkschaften ist eine hohe Missionsarbeit verbunden. Der Kampf im Wirtschaftsleben ist heute eng verknüpft mit dem Kampfe um christliche oder materialistische Weltanschauung. Der pflichtbewußte Arbeiter wird ein eifriger Kämpfer für seine christliche Weltanschauung sein. Er wird darum unermüdet auf Kräftigung der Stellung jener Vereinigungen hinarbeiten, die ein Wall gegen umstürzlerische Bestrebungen sein und die Erhaltung und Bekundung der christlichen Grundsätze im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben bewirken wollen. Der christliche Arbeiter muß ein feuriger Apostel für seine Ideale sein, muß die hohe Mission erkennen, die heutzutage dem Arbeiter auferlegt ist.

Wer für die Gesamtheit arbeitet, arbeitet mit ihr.

Das legt wieder neue Pflichten auf: Zurückziehung der persönlichen Wünsche. Das Gemeinschaftsinteresse muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht und handelt. Da wird das Pflichtbewußtsein auf die Feuerprobe gestellt, die nicht immer bestanden wird. Da wird auch das Pflichtbewußtsein jener zu leicht befunden, die aus der Gewerkschaft austreten, weil ihnen diese oder jene Neuerungen nicht passen.

Solche Leute sind die Ursache jener schwachen Stunde der Nutzlosigkeit, die allen, die in der Gewerkschaft tätig sind, schon wohl gekommen ist. Dann sagt das eifrige Mitglied zu sich selbst: „Ach was, es nützt ja doch alles nichts! Undank überall! Statt Anerkennung Bekämpfung! Du reißt dich auf, andere liegen auf der faulen Haut! Zu groß sind die Anforderungen, die an

bich gestellt werden; zu groß die Enttäuschungen! In solchen Stunden muß uns die Wahrheit hochhalten:

Du mußt deine Pflicht tun!

Kein Unbunt und keine Enttäuschung entbindet davon. Das Gebot der Pflicht umfaßt den Menschen in allen Tagen des Lebens. Der Pflicht zu gehorchen ist unsere vornehmste Aufgabe.

Das gilt in Bezug auf die Gewerkschaften besonders für die führenden Mitglieder, für Beamte, Vorstände und Vertrauenspersonen. Der Mensch lebt nicht für sich allein. Er lebt zum Besten anderer so gut wie zu seinem eigenen Besten. Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen empfinden die Beschwernis, die treue Pflichterfüllung mit sich bringt, aber sie kosten auch die Freuden und den Ruhm derselben. Nach jeder Richtung seine Pflicht erfüllt, Opfer und Mühen auf den Altar der Standesolidarität und der Gemeinschaft gelegt zu haben, ist ein freudiges und beglückendes Bewußtsein.

Und die Opfer sind nicht vergeblich gebracht. Die Frage des Dichters Weber:

„Ob mir's gelang, bei Tag und Nacht, Mein Glück, mein eigenes Glück zu schmieden?“

wirst du einmal mit einem frohen „Ja“ beantworten können. Schau zurück und siehe, ob deine Arbeit denn nicht schon von großem Erfolge gekrönt war. Du hast nicht nur an deinem eigenen Glück erfolgreich geschmiedet, sondern auch an dem Glück der Gesamtheit. Und wenn der Erfolg geringer war als du wünschst, und vielleicht nicht der Fülle deiner Last und Sorgen entspricht — große Epochen können nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Und schließlich magst du wieder mit Weber sprechen:

„Oft hab' ich andere froh gemacht, Und stets an mich zuletzt gedacht, Ich diene — und mein Lohn ist Frieden.“

Dieser Lohn ist wohl der treuen Pflichterfüllung wert.

Bitte, nur nicht künstlich aufregen!

Unter der Überschrift: „Scholle Praktiken der Christen“, veröffentlicht der „Textil-Arbeiter“ Nr. 38 vom 17. September eine längere Zuschrift aus Langenbielau, die mit 22 gezeichnet ist. Dieser Artikelschreiber macht darin in sittlicher Entrüstung darüber, daß auf Veranlassung unseres Langenbielauer Lokalsekretariates eine Versammlung christlich-organisierter Textilarbeiter dem freiorганиisierten Betriebsratsobmann der Firma Chr. Dierig ein Mißtrauensvotum ausgestellt hatte. In einer in der Versammlung angenommenen Entschließung wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der fragliche Betriebsobmann nicht die Ansicht der Mehrheit der Belegschaft vertreten habe. Nach unserem Dafürhalten wäre die Fassung richtiger gewesen, wenn an Stelle des Wortes „Mehrheit“ das Wort „Gesamtheit“ gesetzt worden wäre. Aber wir haben durchaus keinen Grund, daran zu zweifeln, daß der hier in Frage kommende freiorганиisierte Betriebsratsobmann tatsächlich parteiisch und den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zuwiderlaufend sein Amt zur Agitation gegen alle nicht freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Betriebes benutzt hat. Wir haben in dieser Hinsicht besonders in der allerletzten Zeit nach mit freiorганиisierten Betriebsratsobmännern allerhand Erfahrungen gemacht. Langenbielau ist leider nicht der einzige Ort, wo freiorганиisierte Arbeiter- und Betriebsräte ihre Stellung auffassen als Agitatoren und Schrittmacher für ihre freie Organisation. Es wäre für uns schon seit geraumer Zeit ein Leichtes gewesen, im „geschmackvollen“ Stile des „Textil-Arbeiter“ von solchen Praktiken der Freien zu schreiben. Vielleicht werden wir aber schon viel früher, als wie wir es selbst wünschen, durch die scheinheilige Kampfesweise der freien Artikelschreiber gezwungen, für die Veröffentlichung dieser wirklich schönen Praktiken den kostbaren Raum unseres Verbandsorgans in Anspruch zu nehmen.

„Mag nun der christliche Textilarbeiterverband sehen, wie er mit diesem unverrückbaren, zweifelsfreien Urteil fertig wird.“ Damit meint der 22-Artiller im „Textil-Arbeiter“ eine Versammlung, die von den Freien gegen unsere Mitgliederversammlung abgehalten wurde, und in der dem freiorганиisierten Betriebsratsobmann in einer handwurmlichen Entschließung ein Vertrauensvotum ausgestellt wurde. O gemacht, werter Artiller, so unverrückbar und noch viel weniger, so zweifelsfrei ist für uns dieses Urteil noch lange nicht. Wir kennen die „schönen Praktiken“ mancher Drahtzieher im freien Gewerkschaftslager zu gut, um nicht wissen zu können, wie solche und ähnliche Vertrauensumgebungen „beschlossen“ werden. In der hier in Rede stehenden Versammlung wird man es schon nach berühmten Mustern verstanden haben, „die Seele der freiorганиisierten Arbeiterchaft zum Kochen zu bringen“. Ja, diese Töne und auch diese Musiken, werter 22-Artiller, sind uns schon recht lange und recht gut bekannt. Aber zerbrechten Sie sich wegen des „unverrückbaren und zweifelsfreien Urteils“ gefälligst nicht den Kopf.

Wir können es auch begreiflich finden, daß der „Textil-Arbeiter“ mit einem gewissen Behagen Zuschriften, die sich gegen die „Christen“ richten, in seine Spalten aufnimmt. Damit wird ein doppelter Zweck verfolgt. Einmal hängt man dadurch der unangenehmen Konkurrenzorganisation etwas an, aber man lenkt auch damit die eigenen Mitglieder ab von der schweren inneren Krise innerhalb des Deutschen Verbandes. Das Organ des Deutschen Textilarbeiter-

verbandes, der „Textil-Arbeiter“, liefert ja selbst bald in jeder Nummer den Beweis dafür, daß, wie in allen freien Verbänden, so auch im Deutschen Textilarbeiterverband der Radikalismus an seinem Mark nagt. Er erntet jetzt nur das, was er jahrzehntelang gesät hat. Kommunismus und Syndikalismus sind die Spaltpilze, die ihm noch schwere Sorgen bereiten werden. Aber so geht es nun einmal in der Welt. Man ist immer irgend jemandes Reaktionär. Man mag so radikal sein, wie man will, es findet sich immer jemand, der noch radikaler sein kann. Die radikalen Töne, die vor allem im Deutschen Textilarbeiterverband geredet wurden, wo man jetzt Peter und Morbio schreit, wenn man von den Früchten der eigenen Erziehung erdrückt wird, rächen sich jetzt bitter und zum Schaden der Arbeiterchaft. II.

Boden- und Wohnungsreform.

II.

Im Zeitalter des Materialismus und Mammonismus sind die ständeverwöhrenden und interesselose gleichenden Lehren des Christentums hintenangeseht und immer weniger befolgt worden. Die Rücksichtslosigkeit Einzelner und gewisser Volksschichten gegenüber den ärmeren Volksgenossen hat zugenommen, der Mißbrauch und die Ausbeutung ist gewachsen. Das Verlangen nach Schutz ist damit auch stärker geworden und die Zahl der Gesetze größer. Statt der göttlichen Gebote will durch weltliche Gesetze der Geist des Solidarismus wieder geweckt und zur praktischen Bedeutung gebracht werden. Aus diesem Gedanken heraus ist die Sozialgesetzgebung der letzten 20 Jahre im alten Reichstag betrieben und dann in der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung fortgesetzt worden.

Unter den rund 120 von der deutschen Nationalversammlung binnen Jahresfrist geschaffenen Gesetzen findet sich auch das Reichsiedlungsgesetz. Es bezweckt die Förderung des Nahrungsmittel- und Wohnungsbauwesens mittels besserer Verteilung des Bodens, durch Aufnahme einer erhöhten Kulturtätigkeit und Produktionsleistung mit Hilfe von Neuansiedlern auf dem Lande. Es kommen hier für den Landbau geeignete Persönlichkeiten, Landarbeiter und Inleute, insbesondere aber Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte in Betracht. Auch die Vergößerung landwirtschaftlicher Zwergebetriebe wird durch das Siedlungsgesetz ermöglicht und es ist ausgesprochen worden, bei Beratung des Gesetzes, daß der Bauernschaft die Fläche wieder zurückgegeben werden soll, die ihr von den Adelsleuten, den Inhabern des bestellten Grundbesitzes, wie auch durch die Industriemagnaten abgenommen worden ist. Der bayerische Bauernbund bezeichnete die Fideikomnisse als ein Krebsgeschwür und verlangt in seinem Programm deren Aufhebung. Auch das anfangs 1919 veröffentlichte Agrarprogramm der bayerischen Volkspartei enthält diese Forderung und verlangt die Verkleinerung von Großgrundbesitz nach politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das von der Regensburger Bauernvereinszentrale vorgelegte Agrarprogramm geht in diesem Punkte einig mit den Forderungen der christlichen Arbeiterchaft, den Beamten und Angestellten, mit allen, die eine Existenz auf eigener Scholle suchen.

Im Osten Deutschlands ist durch eine geordnete Verteilung von Grund und Boden die Unterbringung von rund zwei Millionen Ansiedlern auf dem Lande möglich. Selbst in Bayern, wo das Klein- und Mittelbauerngut überwiegt, können durch Aufteilung, Kultivierung von Deu- und Moorland etwa 100 000 Neusiedlungen angelegt und bestehende Kleinsiedlungen ausgebaut werden. Durch den Ausbau der mittleren Flur zur elektrischen Kraftquelle, durch Trockenlegung des Erdinger Moores werden rund 15 000 Hektar Kulturland gewonnen, auf dem sich acht- bis neuntausend Siedler festhaft machen können.

Bei der Durchführung des Siedlungsgesetzes, das den einzelnen Landesregierungen bzw. den von ihnen zu bildenden Siedlungsunternehmungen obliegt, ist Bayern weitergegangen als z. B. Preußen. Es gestattet der Landesförderungsstelle ein Vorkaufsrecht auf alle landwirtschaftlichen Grundstücke, die größer sind als ein Hektar. Im Reichsiedlungsgesetz sind als Grenze 25 Hektar festgesetzt.

Das Vorkaufsrecht ist ein Mittel zur Beschaffung von Grundstücken für die Siedlungsunternehmungen. Nach den Aufzeichnungen über den Wechsel im Grundbesitz ist anzunehmen, daß im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte gegen vier Millionen Hektar Kulturland erfaßt und darauf kleinsiedlerische Anwesen, Siedlungen und Arbeitsstellen begründet werden können. Die durch Kultivierung von Deuländeren zu gewinnenden Landflächen sind nicht in Rechnung gestellt, auch nicht die bereits erwähnten Landteile des Großgrundbesitzes, die erfaßt werden können.

Um schädigende Eingriffe in die landwirtschaftliche Produktion zu vermeiden, hat das Reichsiedlungsgesetz die Eigentümer von Ländereien zu Landlieferungsverbänden zusammengeschlossen, die verpflichtet sind, den Siedlungsunternehmungen nach Maßgabe der Nachfrage Siedlungsland zu entsprechendem Preise zur Verfügung zu stellen. In der Neumark, in Pommern und Schlesien, wie auch in anderen Teilen des Reiches ist auf Anfrage hin Siedlungsland in erheblicher Größe freiwillig zur Verfügung gestellt worden. Könnte Land auf diesem Wege nicht gewonnen werden, so könnte das durch Enteignung geschehen. Wenn der Landlieferungsverband das Grundstück durch Enteignung erworben hat und das Enteignungsverfahren mit Zustimmung des Siedlungsunternehmens eingeleitet worden ist, so ist von letzterem der Erwerbpreis zu zahlen und das Grundstück zu übernehmen. Das Reichsiedlungsgesetz ist eines der wichtigsten Agrar- und Sozialgesetze und ermöglicht großzügige Siedlungs-

unternehmungen. Die Durchführung des Gesetzes steht aber erst im Anfang. Noch nicht überall sind die vorgesehenen Landlieferungsverbände wirklich gegründet und den bereits bestehenden Siedlungsunternehmungen stehen eine Reihe von Schwierigkeiten im Wege. Es kommen hier insbesondere in Betracht: Mangelnder Kredit, Mangel an Baustoffen, Geräten und Werkzeugen. Der vorhandene Mangel an Baustoffen kann durch planmäßige Arbeit beseitigt werden. Es fehlt bei uns nicht an Erde und Steinen, an Holz und Kohle, Eisen und anderen zum Bauen nötigen Mineralien. Die Rohstoffe brauchen nur gehoben, Holz und Mineralien bearbeitet zu werden und das Siedlungswerk kann begonnen und durchgeführt werden.

Zunächst ist nötig eine erhöhte Kohlenförderung und Belieferung der Ziegeleien, Zementfabriken und Eisenwerke. Den Ziegeleien in Bayern stehen so wenig Kohlen zur Verfügung, daß nicht einmal der zehnte Teil in Betrieb gehalten werden kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Zementwerken. Mit einer Tonne Kohlen können etwa drei Tonnen Zement gebrannt werden. Die Zementherstellung ist völlig ungenügend, weil es an Kohlen fehlt. Arbeitskräfte wären zur Genüge vorhanden, ebenso solche für die Eisenwerke und Ziegeleien. Vielleicht wäre es doch möglich, mit dem Hinweis auf die Kriegsschädigten Kameraden, auf die vielen hunderte in den Städten auf Siedlungsgelegenheit wartende Arbeitskräfte, sich mit den Vergleuten über besondere Leistungen und Lieferungen von Kohlen zu verständigen und so dem Notstand energisch gegenüberzutreten zu können. Zweifellos wären auch die Wald- und Holzarbeiter bereit, für Siedlungs- und Wohnungszwecke besondere Leistungen zu betätigen, zumal dann, wenn die Staatsverwaltungen sich entschließen können, eine planmäßige Holzabgabe zu Zwecken des Kleinwohnungsbaus durchzuführen. Auch die Bauarbeiter und Bauhandwerker werden ihren Solidarismus mit ihren Volksgenossen betunden und sich für Zwecke des Wohnungsbaus besonders betätigen, wenn die Baugewerkschaften und Mietervereine an sie herantreten. Vielleicht könnte hier der Gedanke einer besonderen Arbeitsstunde für Siedlungs- und Wohnungszwecke Platz finden und verwirklicht werden.

Mit Gesetzen allein kann man weder Siedlungen anlegen, noch Wohnungen bauen. Die Beteiligten selbst müssen zu ihrer Ausführung die Hand reichen. Sie sind dazu berufen im Zusammenwirken mit allen in Betracht kommenden Instanzen auch das Reichsiedlungsgesetz zur Durchführung zu bringen.

Aus der sächsischen Textilberufsgenossenschaft.

Der Geschäftsbericht der sächsischen Textilberufsgenossenschaft für das Jahr 1919 bietet höchst wertvolle Einblicke in die Verschiebungen wirtschaftlicher Art, die der Krieg mit sich gebracht hat. Die nachfolgenden Zahlen beweisen, daß die sächsische Textilindustrie mit rund einem Viertel aller deutschen Textilarbeiter ungeheuren Erschütterungen ausgesetzt gewesen ist. In den sieben Jahren 1913 bis 1919 haben sich für die sächsische Textilberufsgenossenschaft folgende Zahlen ergeben:

Table with 5 columns: Geschäftsjahr, Mitglieder (Betriebe), Durchschnittlich beschäftigte Arbeiter und Versicherungsbeamte, Unfälle überhaupt, Erstmalig entschädigte Unfälle. Rows for years 1913-1919.

Am bemerkenswertesten an diesen Zahlen ist die Tatsache, daß in Sachsen im Jahre 1919 über 120 000 Textilarbeiter weniger beschäftigt worden sind als im Jahre 1913. Dabei bedeutet das immerhin noch eine Besserung gegen das Jahr 1918, wo die Zahl der Beschäftigten nur noch 40% gegenüber dem letzten Friedensjahr betragen hat.

Rund 4 000 Betriebe, namentlich viele kleine Stickerbetriebe, ruhen.

Die Gesamtlohnsumme des Jahres 1919 ist erklärlicherweise infolge der allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhungen wesentlich gestiegen. Die Veränderungen werden an folgenden Zahlen deutlich erkennbar:

Table with 4 columns: Geschäftsjahr, Gesamtlohnsumme, Zahl der versicherten Arbeitnehmer, Durchschnittliches Jahreseinkommen eines Arbeitnehmers. Rows for years 1913-1919.

Ueber die der Verhütung von Unfällen dienenden Maßnahmen bietet der Bericht interessante Angaben. Danach haben sich der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften nennenswerte Schwierigkeiten nicht entgegen gestellt, doch ist zu bemerken, daß durch die Demobilisierung verschiedene Umstellungen nötig wurden, die auch in Fragen der Unfallverhütung manche Veränderung herbeigeführt haben. Infolge der Freigabe der bisher in Zwangswirtschaft befindlichen Textilrohstoffe, die wieder an die Stelle der vorher verarbeiteten Ersatzstoffe traten, mußten die an den Maschinen getroffenen Vorkehrungen entfernt und die Maschinen wieder ihren ursprünglichen Zwecken entsprechend umgebaut werden. Bei diesen Umänderungen ist nicht immer den Unfallverhütungs-

Vorschriften vollste Aufmerksamkeit zugewendet worden. Mancherlei Schutzvorrichtungen sind nicht gleich wieder angebracht worden. Dadurch ist die und da erhöhte Unfallgefahr eingetreten. Die Betriebsunternehmer waren aber ausnahmslos immer ohne weiteres bereit, den getroffenen Anordnungen auf Abstellung etwaiger Versäumnisse nachzukommen. Wie in den Vorjahren, so kann auch diesmal über das Verhalten der Betriebsunternehmer Klage nicht geführt werden.

Ueber das Verhalten der Versicherten gegenüber den zu ihrem Schutze dienenden Maßnahmen läßt sich das feststellen, daß selbst solche Schutzvorrichtungen, die nicht im geringsten bei der Arbeit stören, beseitigt worden waren und daß die Befestigung der Schutzvorrichtung und die Unterlassung ihrer Wiederanbringung nach gelegentlichen Entfernungen nur auf der Gleichgültigkeit der Versicherten beruhten. Ein Erfolg der Bemühungen, die Versicherten immer wieder von neuem auf die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, konnte nicht festgestellt werden.

Wenn der lediglich gegen die Arbeiter erhobene Vorwurf der Pflichtvernachlässigung in vollem Umfange berechtigt sein sollte, läge darin allerdings eine dringende Mahnung an die Kollegenschaft, die im Interesse ihres Lebens und ihrer Gesundheit getroffenen Schutzmaßnahmen voll anzuwenden und auszunutzen. Gegenüber dem vielfach erhobenen Einwand, die Schutzvorrichtungen seien beim Arbeitsgang hinderlich und un bequem, ist doch immer wieder darauf hinzuweisen, daß durch Unfälle verstümmelte Glieder lebenslang ein weit größeres Hindernis in der Arbeit und auch sonstwie bilden. Welch kostbares Gut die Gesundheit ist, kann ja gerade in unserer Zeit ermahnen werden, wo besonders viele Volksgenossen ihren Verlust zu beklagen haben und wodurch namenloses Unglück über nicht wenige gekommen ist. Als Gewerkschaftler wollen und müssen wir auch in diesem Punkte alles fördern, was dem Wohle unseres Standes dient.

Im Berichtsjahre wurden von den technischen Aufsichtsbearbeitern 903 Betriebsrevisionen ausgeführt. Bei 661 Betrieben war kein Anlaß zu Beanstandungen, in den übrigen 242 Betrieben waren 435 Beanstandungen zu verzeichnen. In diesen 435 Beanstandungen sind 83 eingerechnet, die durch Entfernung oder Unwirksammachung oder Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen durch die Versicherten verursacht worden waren. Hierbei sind nur diejenigen Fälle gezählt, die nachweislich von den Versicherten herbeigeführt worden waren. In Wirklichkeit sind derartige Zuwiderhandlungen zahlreicher gewesen, sie ließen sich aber als solche einwandfrei nicht mehr feststellen.

In 7350 Betrieben 903 Betriebsrevisionen will uns herzlich wenig erscheinen, denn in acht Jahren wären hernach alle Betriebe durchschnittlich erst einmal revidiert! Da auf 903 Revisionen 435 Beanstandungen entfallen, ergibt sich ganz deutlich, daß durch häufigere Revisionen mancher Unzulänglichkeiten entgegengewirkt werden könnte, die später vielleicht zu Unfällen geführt hat.

Die oben angeführten Zahlen zeigen, daß 1919 in Sachsens Textilindustrie auf 100 Arbeiter ein gewerblicher Unfall zu rechnen ist. Das ist u. E. ein recht ungünstiges Verhältnis. Die Kollegen und Kolleginnen wollen es sich angelegen sein lassen, durch Aufklärung in Wort und Tat die Unfallgefahren bannen zu helfen in ihrem eigenen Interesse. H. V.

Allgemeine Rundschau.

Würdelosigkeit.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Bei dem Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisentwerk, Abteilung Stahlwerk Krieger, in Düsseldorf-Oberkassel traten am 6. September die Arbeiter in einen wilden Streik, weil die Direktion die Entlassung eines Arbeiters verfügte, der einen Arbeitskollegen wegen seiner Organisationszugehörigkeit gräßlich mißhandelt hatte. An den folgenden Tagen gelang es den von der Abteilung Stahlwerk Krieger nach den in Hagen und Gelsenkirchen gelegenen andern Werken der Firma entsandten Agitatoren, auch die Belegschaften dieser Abteilungen zu einem sogenannten Sympathiestreik aufzuputschen. Bezeichnend ist, daß die Gewerkschaften den Streik nicht billigten, und daß die Angestellten einstimmig sich hinter die Werksleitung stellten.

Dieser Sachverhalt würde eine besondere Erwähnung nicht nötig machen, da sogenannte wilde Streiks leider heute keine Ausnahme mehr sind. Geradezu unerhört und der schärfsten Brandmarkung wert ist jedoch die Tatsache, daß die Streikleitung bzw. der Arbeiterrat der Abteilung Stahlwerk Krieger beim Neusser Vertreter der hohen Interalliierten Kommission in Koblenz folgenden Antrag gestellt hat:

„Die Arbeiter bitten um die Zustimmung der belgischen Besatzungsbehörde, die Direktion absehen zu dürfen und das Stahlwerk selbst zu übernehmen. Als Gegenleistung für diese Zustimmung wollen sich die Arbeiter verpflichten, in Zukunft nur noch für die Entente zu arbeiten.“

Jedes Wort der Kennzeichnung dieses schmachvollen Schrittes erübrigt sich; er ist wohl das Schlimmste an der letzten Zeit erleben mußten. Obendrein wußt der Arbeiterrat der Oberkasseler Abteilung in einem sogenannten „Offenen Brief“ dem stellvertretenden Direktor der Abteilung Krieger mit unverzagter Dreistigkeit vor, die Direktion habe mit den Belgiern angehängelt.)

Im übrigen scheint es so, als ob die syndikalistische Agitation es darauf ablegte, den Streik über den Bereich des Gelsenkirchener Gußstahlwerkes hinaus auf die ganze rheinisch-westfälische Industrie zu übertragen.

Wenigstens ist in einem der Direktoren des Werkes übermittelten „Ultimatum“ des „provisorischen Aktionsausschusses der gesamten Betriebsräte von Gelsenkirchen“ ein „Streik der Werke, Zechen und des Verlehrs“ angedroht worden, wenn die Firma nicht sämtliche Arbeiter restlos wieder einstelle, unter dem Hinweis darauf, daß „die Zentrale von Rheinland und Westfalen, Sitz Düsseldorf, das Vorgehen billigt“.

Was ein Streik in dieser Zeit im Ruhrbezirk für Folgen hat, braucht nicht weiter auseinandergelegt zu werden. Es ist deshalb zu fordern, daß rechtzeitig alle geeigneten Schritte unternommen werden, um ein Uebergreifen des von den Gewerkschaften nicht gebilligten Streiks auf andere Betriebe zu verhüten.

(Zwischen ist seitens einer Dortmunder Nachrichtenstelle gemeldet worden, daß die Absperrungen bei den Abteilungen Düsseldorf-Oberkassel, Hagen und Gelsenkirchen der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke in einer Verhandlung des Reichskommissars Mehlich mit der Werksleitung und den Vertretern der Gewerkschaften beendet wurden. Von den etwa 4000 ausgewehrten Arbeitern würde der überwiegende Teil zu den bisherigen Bedingungen wieder zur Einstellung kommen.)

Aus unserer Industrie.

Ueber die Schwankungen in den Baumwollpreisen und die Lage der Baumwollindustrie der Welt

äußerte sich der Führer der englischen Baumwollindustrie, Sir Charles W. Macara, in einer Zuschrift an den „Manchester Guardian“ u. a. wie folgt: „Ich glaube bestimmt an die unbedingte Unerlässlichkeit der rechtmäßigen Mittelspersonen, die der Welt die Baumwolle zuzuführen, aber ich stelle mich ebenso fest denen gegenüber, die den Handel mit dem Rohmaterial einer internationalen Industrie zu einem Hazardspiel machen. Dem Fallen an den amerikanischen Baumwollbörsen während der letzten Tage ist unmittelbar ein fast beispielloses Steigen gefolgt. Die Preise der feineren Baumwollsorten sind nach oben gegangen, während die in der Presse berichteten offiziellen Preise zurückgingen, und es ist nicht mehr erstaunlich, wenn künftige Termine fallen, während die Tagespreise steigen.“ Die Lage der Baumwollindustrie der Welt wird nach Ansicht Macaras von den folgenden Faktoren beherrscht: 1. Aus verschiedenen Gründen liegt noch ein großer Teil der Baumwolle verarbeitenden Maschinen in der ganzen Welt still. 2. Die Erzeugung ist erheblich vermindert worden durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die in der ganzen Welt eingetreten ist. 3. Die verfügbaren Maschinen beherrschen offenbar die Lage, da sie allein für die Versorgung mit Fertigwaren bestimmend sind, und ein Fallen des Rohmaterialpreises würde die gegenwärtige Lage nicht ändern, besonders deshalb, weil die jetzt gekaufte Rohbaumwolle sechs, neun, zwölf Monate oder noch länger brauchen würde, bevor sie nach den zahlreichen notwendigen Bearbeitungsprozessen als Fertigfabrik in den Handel käme. 4. Ist es, wie die jüngsten Erfahrungen lehren, möglich, daß ein Fallen der Kosten des Rohmaterials sofort ausgleichend wird durch Lohnerhöhungen und durch die ständig zunehmenden Preise aller Artikel, die in der Baumwollfabrik gebraucht werden. 5. In den Kriegsjahren fand ein enormer Rückgang in der Herstellung von Baumwollfabrikaten statt, die einen großen Teil der Volkswirtschaft in der ganzen Welt darstellen. 6. Endlich stehen die Textilmaschinenfabriken, die im Kriege stark mit der Herstellung von Munition beschäftigt waren und deshalb ihren Betrieb umstellen mußten, vor der schier undurchführbaren Aufgabe, die Kriegsschäden durch Erneuerungen der verbrauchten Maschinen wieder zu beseitigen.“

Aus unserer Bewegung.

Bezirkskonferenz des Bezirkes Witten-Greifeld.

Die 7te Bezirkskonferenz der vereinigten Bezirke Witten-Greifeld tagte am 11. und 12. September in Witten im Lokale „Völgelgesellschaft“. Von den 94 Ortsgruppen des Bezirkes hatten 71 Ortsgruppen 117 Delegierte entsandt. Außerdem waren die freigestellten Kollegen des Bezirkes vollständig anwesend. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Holzheim, Baumberg, Berg-Gladbach, Bevel, Dornbusch, Elpe, Hohenlimburg, Hähnborn, Iffum, Kaldentirchen, Leichlingen, Leuth, Morsbach, Dipe, Rhode, Schaag, Soest, Urdenbach, Untereichbach, Vinkrath, Vork, Walbed und Wehringhausen. Als Vertreter des Zentralvorstandes war unser Zentralvorsitzender Kollege Otte anwesend. In das Büro wurden gewählte Kollege Kroll-Werben, als Schriftführer, als Beisitzer die Kolleginnen Wilmensky-Langerfeld, Borchers-Warmen, die Kollegen Maft-Greifeld und Pimper-Anrath. Aus der Wahl für die Mandatsprüfungskommission gingen die Kollegin Pitsch-Dahlhausen, die Kollegen Kowotny-Langerfeld und Kleinermanns-Greifeld hervor. Der Bezirksleiter Kollege J. Müller-Greifeld wies in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung des Konferenzen hin und sprach die Hoffnung aus, daß die Tagung das Berufsleben des Bezirkes fruchtbringend beeinflussen möge. Der Geschäftsführer des christlichen Gewerkschaftsartikels Witten-Greifeld, Kollege Diesel, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Fortschritte der christlichen Gewerkschaftsbewegung hin, die, rein äußerlich genommen, schon aus der Anzahl der Delegierten zum Ausdruck komme und wünschte den Beratungen vollen Erfolg.

Der Geschäftsbericht wurde von dem Vorsitzenden Kollegen Müller erstattet. An Hand reichhaltigen Materials führte er den Delegierten die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage im Verbandleben vor Augen. Bedeutender Zuwachs an Mitgliedern, enorm gesteigerte Einnahmen kennzeichnen die gute Entwicklung des Verbandes im Geschäftsjahre. Dabei haben es vielerorts unsere Gegner an Verjüngung, unsere Vorwärtsentwicklung zu hemmen, wahrlich nicht fehlen lassen. Diese Schwierigkeiten wurden überwunden und gewaltige Arbeit in der Interessenvertretung unserer Mitglieder und der gesamten

Textilarbeiter auf den verschiedensten Gebieten geleistet, wie der Bericht treffend nachwies.

Mit Befriedigung können wir auf das Berichtsjahr zurückblicken. Das mühe für unsere Mitglieder Ansporn sein, mit neuer freudiger Begeisterung an der Erhaltung unseres Verbandes zu arbeiten. Die Möglichkeit hierfür ist gegeben. Auf agitatorischem Gebiete, indem wir es uns angelegen sein lassen, die uns gleichgesinnten Kollegen und Kolleginnen, die aus Unkenntnis wie sonstigen Ursachen in den gegnerischen Reihen sich befinden, für uns zu gewinnen trachten. Des ferneren, indem wir auch fernerhin tatkräftig die geistige Schulung unserer Mitglieder fördern, kluge und praktische Mitarbeiter, geschickte Vertreter unserer Arbeiterinteressen heranzubilden. Dem Besichte folgte eine eingehende Aussprache.

Nach der Mittagspause referierte unser Verbandsvorsitzender Kollege Otte über „die allgemeine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textilindustrie“. Kollege Otte schilderte zunächst, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse äußerst verwickelt und unübersichtlich sind. Auf alle Fälle haben wir mit einer durchgreifenden Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit kaum zu rechnen. Was aus unserem Volke und unserem Wirtschaftsleben seit dem verlorenen Kriege lastet, ist so schwer, daß dabei ein gesundes Wirtschaftsleben nicht auskommen kann. Hinzu kommt, daß das Pflichtbewußtsein, Verantwortungs- und Mitgefühl in fast allen Schichten des Volkes sehr stark gesunken ist.

Seit bald sechs Monaten befinden wir uns in einer die Textilindustrie und Textilarbeiter besonders stark treffenden Krise. Die Ursachen liegen zum Teil auch in der mangelnden Kaufkraft des Volkes. Die werktätige Bevölkerung kann sich bei den jetzigen hohen Preisen, kaum die allernotwendigsten Lebensmittel kaufen. Bei dieser Sachlage darf vom Lohnabbau nicht die Rede sein. Das wichtigste Gebot der Stunde ist, daß mit aller Entschiedenheit auf einen Preisabbau hingearbeitet wird. Die Gewinne, welche heute — insbesondere auch vom Zwischenhandel — auf Kosten der Verbraucher gemacht werden, sind ganz erheblich. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten muß mehr verkürzt und andererseits auch die Genossenschaftsbewegung mehr gefördert werden. Zur Zeit macht sich in einigen Branchen der Textilindustrie wieder eine Besserung in der Beschäftigung bemerkbar. Allem Anscheine nach haben wir den Tiefstand der Krise überwunden.

Die gewerkschaftliche Bewegung im allgemeinen bietet, soweit die Zahl in Frage kommt, ein erfreuliches Bild. Auf der anderen Seite sind aber manche Erscheinungen in der Arbeiterbewegung sehr unerfreulicher Art. Das Hineintragen parteipolitischen Streitigkeiten in die Gewerkschaften, der Kampf der rivalisierenden Arbeitsgemeinschaft und gegen eine verknüpfte gewerkschaftliche Betätigung der Betriebsräte, ferner die Insignierung wilder Butische und Streiks, gegen den Willen der gewerkschaftlichen Führer und entgegen allen vernünftigen gewerkschaftlichen Grundsätzen, gehören zu diesen unerfreulichen und das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Vorkommnissen.

Uns als christliche Gewerkschaften erwächst in dieser Zeit vor allem die Pflicht verantwortungsvoller Mitarbeit am Wiederaufbau. Wir beurteilen den Klassenkampf und sind in unserem Handeln der Volksgemeinschaft gegenüber verantwortlich. Vor allen Dingen ist eine systematische Schulung über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens notwendig. Aberstärkt der vermehrten Rechte und neuen Aufgaben der Arbeiterschaft, speziell auch im Hinblick auf das Betriebsrätegesetz, erwachsen den Gewerkschaften sehr wichtige Aufgaben, die vorwiegend in der Richtung der Schulung auf produktivtechnischem Gebiete liegen. Wir haben des weiteren eine große Erziehungsarbeit zu leisten. Diese muß besonders auch der heutigen Jugend gewidmet werden. Nur mit den Grundsätzen und Idealen des Christentums ist ein gesunder Wiederaufbau zu ermöglichen. Dieses Erkennen heißt, mit aller Kraft und Begeisterung für die weitere Erhaltung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß unserer Bewegung, mit ihren gesunden gewerkschaftlichen Grundsätzen und hohen Idealen die Zukunft gehört.

Diesem Vortrag schloß sich ein zweiter an, den der stellvertretende Bezirksleiter Otto Büchsenichs über das Thema hielt: 1. Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz und Richtlinien für die praktische Anwendung desselben. 2. Organisation der Betriebsräte innerhalb unseres Verbandes. Der Referent gab an Hand von Beispielen einen Ueberblick über die Erfahrungen, die bisher mit dem Betriebsrätegesetz gemacht worden sind. Er wies auf die Fehler und Mängel des Gesetzes hin und zeigte, welche Schwierigkeiten sich daraus ergeben, daß es noch an einem wirklichen Arbeiterrecht, das unbedingt notwendig sei, mangle. Dem Betriebsrätegesetz müsse unbedingt eine Organisation, Vervollkommnung des Schlichtungswesens folgen. Die Schlichtungsordnung, die vom Reichsarbeitsministerium unter Leitung des früheren sozialdemokratischen Arbeitsministers Schilde entworfen wurde, ist in emer ganzen Reihe von Punkten anfechtbar, stellt außerdem die ganze Gewerkschaftsarbeit in Frage. Die Schlichtungsordnung müsse deshalb eine grundsätzliche Ueberarbeitung erfahren, wenn sie ein brauchbares Glied in der Kette des Arbeiterrechtes werden soll. Es komme alles darauf an, aus Betriebsräten und Gewerkschaften ein enges, festes, gemeinsames Bollwerk zu bilden gegen alle Gefahren, die durch die falsche Anwendung des Betriebsrätegesetzes entstehen können. Zu Punkt 2 zeigte der Redner an Hand einer graphischen Darstellung den Aufbau der Betriebsräteorganisation für den Verband. Auch diese Ausführungen fanden den Beifall der Zuhörer. Die Vorlesung wurden einstimmig gutgeheißen. Eine rege Aussprache schloß sich den beiden Referaten, welche gemeinsam zur Besprechung gestellt wurden, an.

Aus der Aussprache ging hervor, daß im Zentralverband christlicher Textilarbeiter zwischen der Leitung und den Mitgliedern ein inniges und gutes Verhältnis herrscht, daß man sich über Ziel und Richtung der Arbeit vollkommen klar ist. Nach einem Schlußwort waren die Verhandlungen des ersten Tages erledigt. Am Abend fand im Gesellschaftsraum ein Unterhaltungsebenend statt, zu Ehren der Gäste, von der Wittern Ortsgruppe veranstaltet. Ein vorzügliches, künstlerisches Gepräge tragendes Programm, von hervorragenden Kräften zur Darbietung gebracht, sorgte dafür, daß der Abend harmonisch verlief und allen Teilnehmern eine angenehme Erinnerung bleiben wird.

Am zweiten Verhandlungstage, Sonntags, wurden zunächst die vorliegenden Anträge behandelt. Dem Antrage Kowotny, die neu zu bezeichnenden Beamtentafeln jedesmal im Nachhinein auszuschreiben, wurde zugestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß es in bringenden Fällen bei der alten Uebung verbleibt. Der Antrag des Bezirksleiters, die Zentralisierung der Ortsgruppenklassen zu beschließen auf der Grundlage, daß alle überflüssigen Ortsgruppen selber der Bezirksklasse zugeführt werden, wurde in der Form abgelehnt. Im Prinzip erklärte sich die Konferenz mit der Zentralisierung einverstanden und wird den einzelnen Sekretariaten empfohlen, eine einheitliche Zentralisierung der Ortsgruppenklassen der Sekretariatsbezirke herbeizuführen.

Büchertisch.

Miet- und Wohnrecht der Liebergangszeit. Von Dr. Dahm, Rechtsanwältin in Düsseldorf. Preis 1,20 M. S. Lehmann, Verlag, Düsseldorf.

Die Verordnungen und Bestimmungen, die das Miet- und Wohnwesen regeln, haben sich berart angehäuft, daß es dem Laien kaum noch möglich ist, sich zurechtzufinden. In der vorliegenden Schrift finden 26 Reichs- und preussische Verordnungen eine systematische Darstellung und eine gute, den Fachmann erkennen lassende Kommentierung.

Führer durch die deutsche Sozialversicherung in ihrer Gestaltung nach dem Kriege. Von Dr. jur. H. Schmittmann, Professor der Sozialpolitik an der Universität Köln. Zweite erweiterte Auflage, durch einen Nachtrag bis Ende 1920 ergänzt. Preis 1,20 M. S. Lehmann, Druckerei und Verlag, Düsseldorf.

Es gibt keine Schrift, die einen solchen guten Überblick über den neuesten Stand der deutschen Sozialversicherung bietet, wie diese. Ein jeder erschienenen Nachtrag (auch einzeln käuflich zum Preise von 1,20 M.) berichtet über Verordnungen und Gesetze nach dem 1. Januar 1920.

Besondere Bekanntmachungen.

Bezirk Baden-Württemberg.

Unsere diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt:

für Baden: am Sonntag, den 10. Oktober, in Freiburg (Breisgau), vormittags 1/2 10 Uhr, im „Ganterbräu“, Schiffstraße;

für Württemberg: am Sonntag, den 17. Oktober, in Ulm (Donau), vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Hecht“, Olgastraße.

Tagesordnung usw. wird durch Rundschreiben bekannt gegeben. Die Ortsgruppen wollen ihre Delegierten nach § 26 des Verbandsstatuts bestimmen. Etwaige Anträge sind schriftlich einzureichen.

Die Bezirksleitung: Ernst Rummel.

Lokalsekretariat Niederlausitz.

Eine ordentliche Gaukonferenz für den Gau Niederlausitz findet am 17. Oktober in Forst im Restaurant Emil Graßmann, Gerberstraße 26, statt. Tagesordnung und sonstige Mitteilungen gehen den Ortsgruppen durch Rundschreiben zu.

Die Ortsgruppen werden gebeten, nach § 26 unseres Verbandsstatuts die dazu erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Name und Adresse der gewählten Delegierten, sowie Wünsche und Anträge zur Konferenz sind dem Unterzeichneten baldmöglichst mitzuteilen.

Mit Verbandsgruß!

Wilhelm Fasbender.

Bezirk Sachsen.

Unser Kollege Leber wurde als hauptberuflicher Bezirksvertreter von unserer Gemeinnützigen Volksversicherung bestimmt.

Versammlungskalender.

Berufstadt. Die Septemberversammlung wird noch näher bekanntgegeben.

Inhaltsverzeichnis.

Einladung. — Bekanntmachung. — Artikel: Vom Segen der treuen Pflichterfüllung. — Bitte, nur nicht künstlich aufzutreten! — Boden- und Wohnungsreform. — Aus der sächsischen Textilberufsgenossenschaft. — Allgemeine Rundschau: Würdlosigkeit. — Aus unserer Industrie: Ueber die Schwankungen in den Baumwollpreisen und die Lage der Baumwollindustrie der Welt. — Aus unserer Bewegung: Bezirkskonferenz des Verbandes Bezirks Barmen-Greifeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bielefeld. — Coesfeld i. Westf. — Falkenstein i. Vogtl. — Helmsdorf (Eichsfeld). — Langensteinbach. — Schmallebenberg. — Büchertisch. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 56, Kontorsbistr. 7.

Zwei weitere Anträge der Ortsgruppen Barmen, Eberfeld, Reibitz und Langenberg zur Beitrags- und Arbeitslosenfrage wurden in zukünftigem Sinne erledigt. Dann wurde die Wahl der Mitglieder zum Bezirksrat vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Gerhard Bücher-Von-Dieringhausen, Carl Esser-Erfeld, Theodor Meisen-Lobberich, Josef Käster-Güdeswagen, Clemens Jr.-Süchteln, Wilhelm Steffens-Ebn-Mülheim, Carl Morell-Werden, Carl Zell-Barmen und die Kollegin Maria Sides-Kempen. Die Wahl zum Bezirksrat wurde einstimmig gutgeheißen und dementsprechend der Aufbau vollzogen wird. Sodann gelangten nachfolgende Entschlüsse einstimmig zur Annahme.

1. Die Bezirkskonferenz begrüßt es, daß die Verbandsleitung auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge zeitig in Eingaben und Vorstellungen durchgehende Hilfsmaßnahmen zugunsten der Erwerbslosen, insbesondere der Textilarbeiter, verlangt hat. Andererseits bedauert aber die Bezirkskonferenz, daß die maßgebenden Stellen immer noch nicht diejenigen Maßnahmen ergriffen haben, welche unbedingt notwendig sind, um die Not der Erwerbslosen, insbesondere auch der Kurzarbeiter, zu lindern. Besonders wünschenswert sind Einzelmaßnahmen in Bezirken, Kreisen und Gemeinden mehr an produktiver Erwerbslosenfürsorge. Zudem die Bezirkskonferenz nochmals die Notwendigkeit erweiterter Hilfsmaßnahmen entschieden betont, erwartet sie gleichzeitig, daß den wiederholten Vorstellungen der Organisations- und Ortsgruppenleitungen endlich stattgegeben wird.

2. Die Bezirkskonferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verschleuderung bzw. gegen die wilde Ausfuhr von lebenswichtigen Nationalgütern, insbesondere gegen die Verschleuderung von Textilmaschinen an das Ausland. Von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften erwartet die Konferenz, daß schärfste und wirksamste Maßnahmen gegen diese, die Volksgemeinschaft schwer, schädigenden Maßnahmen ergriffen werden.

3. Die ungeheure Preisgestaltung und durch nichts gerechtfertigte hohe Spannung zwischen Produktions- und Verkaufspreisen zwingt auch die Textilarbeiter, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Es muß versucht werden, in weiterem Maße Produzenten und Konsumenten einander näher zu bringen. Das bisher auf diesem Gebiet Erreichte kann uns nicht befriedigen. Der feste Zusammenschluß der Arbeiter in Konsumvereinen gibt in erster Linie die Möglichkeit, diesem Ziele näher zu kommen. Die dem Reichsverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen örtlichen Konsumvereine müssen sich zu einheitlicher Arbeit auf allen Gebieten zusammenfinden, damit die Aufgaben in den einzelnen Bezirken zum Wohle der Beteiligten gelöst werden können. Die Konferenz ist der Auffassung, daß alle Kräfte angepannt werden müssen zur Stärkung der Konsumvereinsbewegung, damit das hohe Ziel der Stärkung der Kaufkraft des Lohnes erreicht wird. Im übrigen erwartet die Bezirkskonferenz, daß Regierung und gesetzgebende Körperschaften energische Maßnahmen ergreifen, um den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten durch Ausschaltung aller unproduktiven und verteuern wirkenden Zwischenglieder zu verkürzen.

Nachdem der Verbandsvorsitzende Kollege Ditt am Schluß der Verhandlungen noch einmal auf den Ernst der Zeit und die notwendigen Aufgaben für die Zukunft hingewiesen hatte, führte der Bezirksleiter Kollege Müller der Konferenz noch einmal den Gang der zweitägigen Verhandlungen vor Augen. Er wies auf die uns gestellten Aufgaben hin, deren Durchführung jetzt auf der ganzen Linie in Angriff genommen werden müsse, dankte den Delegierten für ihre freudige Mitarbeit und schloß die schön verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf unseren Verband und unseren Verbandsbezirk Barmen-Erfeld, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bielefeld. Im katholischen Vereinshaus fand Donnerstag, den 9. September, eine Mitgliederversammlung statt, wozu die Kollegen zahlreich erschienen waren. Vorsitzender Eggert eröffnete um 8 Uhr die Versammlung, begrüßte die Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt. Zum Punkt „Geschäftliche Mitteilungen“ teilte uns Kollege Eggert mit, daß wir in unserer Ortsgruppe 17 neue Mitglieder zu verzeichnen haben; zum größten Teil vom freien Verbände übergetreten und eifrige Neuaufnahmen. Es wurde zur Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz geschritten. Zu Punkt zwei: „Gewerbetätigenwahlen“, ergriff Sekretär Gehring das Wort. Er gab zugleich die Vorschlagsliste bekannt, die für uns in Frage kommt; schilderte, daß in unserer Organisation dem Unternehmer gegenüber genau der Tarifvertrag und die Lohnsätze so gelten, wie in der freien Organisation. Zu Punkt drei: „Verschiedenes“, regte Vorsitzender die Mitglieder an, doch reger die Versammlungen zu besuchen und schloß hierauf die Tagung.

Coesfeld i. Westf. Im Saale des kath. Arbeitervereins fand am 16. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit folgenden Angelegenheiten beschäftigte. Nach Verlesung des Protokolls von der vorigen Versammlung gab der Kassierer Kollege Honrath den Kassenbericht. Zur Einrichtung des Sekretariats in Coesfeld hat auch die Ortsgruppenkasse einen größeren Zuschuß geleistet, der in den Ausgabenposten in der Erscheinung trat. Zum Kassierentutor wurde der Kollege Bernhard Humme gewählt. Sodann wurde die auch für das Münsterland vereinbarte neue Arbeitsordnung besprochen, und auf die wichtigsten Bestimmungen aufmerksam gemacht. Für die am 2. und 3. Oktober in Münster stattfindende Bezirkskonferenz wurde Kollegin Erath und Theodora Bormann gewählt. Hierauf referierte Kollege Dieker über die Stellung unseres Verbandes zur Lohnfrage hier im Münsterlande und erwähnte die eigenartige Haltung einiger Führer in dieser Angelegenheit. Im Interesse der Arbeiterklasse soll hierauf nicht weiter eingegangen werden. Die Versammlung gab der Hoffnung Ausdruck, daß angesichts der guten Konjunktur in der Baumwollindustrie auch die Arbeitgeber in der Lohnfrage ein Entgegenkommen zeigen werden, um so mehr, weil sonst die Arbeiterklasse nicht in der Lage ist, die großen Ausgaben für den Winterbedarf bestreiten zu können. Zum Schluß wurde noch kurz berichtet über die stattgefundene Verhandlung mit den Landwirten, bezüglich Lieferung von Kartoffeln. Hoffentlich werden auch diese Verhandlungen von Erfolg gekrönt.

Falkenstein (i. Vogtl.). Wir waren ständig gewohnt, in unseren Versammlungen die Mitglieder zahlreich begrüßen zu dürfen. Deshalb war dieses nicht mehr der Fall. Der sich dadurch schließt, daß die Arbeiterklasse selbst, die da glaubt,

keine Aufklärung mehr nötig zu haben. Den Anwesenden in der letzten Versammlung kam es zum Bewußtsein, daß Kenntnis besonders in wirtschaftlichen Dingen Gemeingut aller werden muß. Kollege Kanis-Chemnitz behandelte in verständlicher Weise den Steuerabzug vom Lohn. Seinen Ausführungen entnehmen wir nur folgendes: Keineswegs ist mit dem Lohnabzug die Steuerfrage für den Arbeiter schon abgetan. Wer sich selbst gerecht werden und nicht schädigen will, fängt zu rechnen an. Eine doppelte Pflicht ist dies im Haushalt. Weiterhin sprach er vom Stand der Tarifbewegung, der eine Aenderung nicht erfahren hat. Aber den Lohnabbau, wie ihn sich die Arbeitgeber denken, können wir nicht mitmachen. Freudig begrüßt wurde die Erhöhung des Unterstützungswezens. Nunmehr wollen wir unsere ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellen. Fangen wir unerbittlich damit an und fehlt nie mehr in unseren Versammlungen.

Helmsdorf (Eichsfeld). Am 28. August war von der Ortsgruppenleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Mitgliederversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Rede des als Gast anwesenden zweiten Vorsitzenden des Zentralverbandes, Kollegen Fahrenbrach-Düsseldorf. „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaftsbewegung“, so war das Thema, über welches er in einstündiger Rede referierte. Einleitend sprach er über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Er gedachte des Mutes und Opfernisses unserer Vorkämpfer in der Gründungszeit, welche Schwierigkeiten sie überwinden mußten, um ihre Ideen zu verwirklichen. Heute sind die Gewerkschaften eine Macht geworden, die einen ungemein großen Einfluß auf unser politisches und wirtschaftliches Leben erlangt hat. Dieser Einfluß muß auch voll und ganz ausgenutzt und dem deutschen Arbeiter auch im öffentlichen Leben die in der Verfassung niedergelegte Gleichberechtigung mit anderen Ständen zugesprochen werden. Deshalb ist es Pflicht jedes bildungsfähigen Arbeiters, sich zu schulen und Kenntnisse anzueignen, wo sich nur Gelegenheit dazu bietet. Kollege Fahrenbrach beleuchtete noch eingehend den Sozialismus und warnte vor dem Allheilmittel deselben, der Sozialisierung. Alle Anwesenden folgten mit Aufmerksamkeit dem ausgezeichneten Vortrag. Es sprach dann noch Kollege Gule-Heiligenstadt über die am 1. August erfolgte Kündigung des Lohntarifs und das ablehnende Verhalten des



Pflichtgefühl — die Grundlage all unserer geistigen Kraft!

„Ein Leben voll Trägheit, ein Leben, das friedlich dahinfließt aus Mangel an Lust oder Kraft, etwas Großes zustande zu bringen, ist ebenso unwürdig für eine Nation wie für das Individuum.“
Rudiebel.



eichsfeldischen Arbeitgeberverbandes. Es wurde eine Entschleunigung einstimmig angenommen, des Inhalts, daß die verschleppte Kündigung des Arbeitgeberverbandes zurückzuweisen und den sofortigen Beginn der Verhandlungen beantragen. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem allseitigen Wunsch, daß das Eichsfeld fest und treu wie seine sturmerprobten Eichen zum Verbände stehen möge und ein Bollwerk werde für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Langensteinbach. Eines außerordentlich guten Besuches erfreute sich unsere am 21. August einberufene Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Späth, begrüßte die Anwesenden, besonders unsere neuen Beamten, Kollegen Engelmann, und gab der Hoffnung Ausdruck, immer einen so guten Besuch der Versammlungen zu sehen. Nachdem unser Kassierer den Kassenbericht erledigt hatte, referierte Kollege Engelmann in klarer, verständlicher Weise über die allgemeine, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage. Referent behandelte besonders die gegenwärtige Wirtschaftskrise, den Steuerabzug, besprach, in den gewerkschaftlichen Teil übergehend, den Preisabbau und empfahl den Mitgliedern rege Beteiligung von Einkäufen in Herrenanzügen, Mänteln und Tritotagen bei unserm Gewerkschaftsartikel in Ertlingen, sowie rege Beteiligung bei unserer jeden im Werden begriffenen Gaukasse. Das Referat wurde mit gespanntem Interesse beifällig aufgenommen. Auch wurde von der Diskussion in ausgiebiger Form Gebrauch gemacht. Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußten wir schließen. Der Vorsitzende erinnerte die Mitglieder an ihre Pflichten und Rechte und empfahl, das Gehörte unerbittlich in die Tat umzusetzen zwecks Verwirklichung eines speziellen Ausgleichs im Sinne unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Schmallebenberg. Leider gibt es in unserer Ortsgruppe noch einzelne Kollegen, denen der Verbandsbeitrag zu hoch erscheint und die deshalb sich weigern, denselben zu zahlen. Man sollte meinen, daß diesen Leuten doch auch bald klar werden müßte, welche Früchte die Organisation bisher gebracht hat, besonders was die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrifft. Einerseits ist der Beitrag zu hoch, wenn aber andererseits die erhöhten Lohnsätze in Kraft treten, so z. B. wie jetzt die Familienzulage, welche rückwirkend ab 1. Juli gezahlt wird und gerade für diese Leute doch auch in Frage kommt, dann findet sich nicht ein einziger, der den Mut hat und auf diese selber Verzicht leistet.

Auf alles das einzugehen, was zur Bornehme der Beitragserhöhung Anlaß gab, würde zu weit führen. Ein jeder Kollege und eine jede Kollegin wird dieses zu würdigen wissen, welcher oder welche unsere Verbandszeitung liest und etwas Einblick in die Geschäfte hat. Alles das aber wird scheinbar von diesen Leuten außer acht gelassen. Die Hauptsache bei ihnen ist ja, daß sie alle 14 Tage auf Kosten der anderen Kollegen und Kolleginnen ihr Geld einstreichen können. Da kommt so recht der Charakter und die Kameradschaft dieser Leute zur Geltung. Öffentlich werden unsere Mitglieder wissen, wie man diesen Leuten begegnen muß. Vielleicht stehen uns auch in absehbarer Zeit andere Mittel zur Verfügung, um hier einen Ausgleich zu schaffen.